



Bundeskanzleramt Österreich
Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend
z. Hd. Frau Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Juliane Bogner-Strauß

Untere Donaustraße 13-15
1020 Wien

Wien, am 04.04.2018

Betreff: **Budget für geförderte Familienberatungsstellen 2018/2019**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Juliane Bogner-Strauß,

der Dachverband Familienberatung, ein landesweiter Zusammenschluss der Rechtsträger von Familienberatungsstellen, wendet sich mit folgendem Ansuchen an Sie:

Laut Budgetvoranschlag 2018/2019 sollen die Förderungen für Familienberatungsstellen um ca. eine Million Euro gekürzt werden. Das wäre eine Kürzung des Budgets der Familienberatung um beinahe 8 Prozent. Damit ist die psychosoziale Versorgung von Familien in Österreich wieder einmal massiv gefährdet.

Bereits 2014, im Internationalen Jahr der Familien, drohte das Aus für die seit über vierzig Jahren bestehenden Familienberatungsstellen Österreichs. 2014 herrschte durch ein Budgetloch von über 2,8 Millionen Euro eine äußerst prekäre finanzielle Situation, die die Gewährleistung der psychosozialen Versorgung der Menschen in Österreich schwer gefährdete. Der Grund dafür war, dass es seit 2007 trotz Index-Steigerung und Erhöhung der Lohnkosten für Familienberatungsstellen keine Budgeterhöhung gegeben hat.

Der Dachverband Familienberatung hat sich damals in einem eindringlichen Appell an die damalige Bundesregierung, an die Nationalratsabgeordneten, die FamiliensprecherInnen der Parteien und die Medien gewendet, da den Familienberatungsstellen der finanzielle Kollaps drohte.

Dem Rechnung tragend, wurde von der damaligen Bundesministerin für Familien und Jugend, Frau Dr.ⁱⁿ Sophie Karmasin, die Förderung der Familienberatungsstellen 2016 um einem Million Euro und 2017 nochmals um 500.000 Euro angehoben. Damit konnte – aufgrund heutiger Index- und Lohnkostenerhöhungen – das Budgetloch der Familienberatungsstellen halbiert werden.

2017 wurden in den fast 400 Familienberatungsstellen in Österreich flächendeckend 230.000 Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Paare und Familien – also KlientInnen – in 475.000 Beratungen und 311.000 Beratungsstunden beraten und betreut.

Familienberatungsstellen sind vom Bund laut dem Familienberatungsförderungsgesetz anerkannte Beratungseinrichtungen zur Förderung der individuellen, körperlichen, sozialen und psychischen Gesundheit, sowie der Stabilität von Familien, Ehen, eingetragenen Partnerschaften und Lebensgemeinschaften. Österreich braucht weiterhin eine ausgewogene, gerechte und unterstützend wirkende Familienpolitik. Dazu leisten die fast 400 Familienberatungsstellen in Österreich einen wesentlichen Beitrag.

Im Familienberatungsförderungsgesetz hat sich der Bund verpflichtet, professionelle Familienberatung zu fördern. Laut diesem Gesetz dürfen in Familienberatungsstellen nur ProfessionalistInnen aus dem psychosozialen Bereich arbeiten, und die Beratungen müssen kostenlos und anonym sein. Tatsache ist, dass aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel viele BeraterInnen noch immer zu einem Niedrighonorarsatz arbeiten.

Das Budget der Familienberatung um eine Million Euro zu kürzen bedeutet daher nicht nur eine massive Bedrohung der flächendeckenden Familienberatung in Österreich, sondern bedeutet auch die Gefährdung von Arbeitsplätzen in einem für Österreich wesentlichen psychosozialen Wirkungsbereich!

Die Auswirkungen dieser Budgetkürzung wären fatal: 18.000 Menschen / Paare / Familien wären davon betroffen! 26.000 Beratungsstunden müssten eingespart werden! Und das in einer Zeit, in der laut wissenschaftlichen Studien viele Familien deutlich belastet sind und psychische Störungen erheblich ansteigen. Familienberatungsstellen wären in ihrer Existenz bedroht, obwohl der Beratungsbedarf enorm ist. Heute bereits gibt es in Österreich lange Wartezeiten für hilfesuchende Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Paare und Familien.

Die volkswirtschaftlichen Kosten mangelnder Unterstützung von Familien in beruflichen, schulischen, psychischen, sozialen und innerfamiliären Drucksituationen sind durch zahlreiche psychische Folgeerkrankungen wie Depression, Ängste und Panikstörungen, Erschöpfungssyndrom, Suchtgefährdung, sowie der Zunahme von Aggression und Gewaltformen, wie zahlreiche Studien wissenschaftlich belegen, enorm.

In Familienberatungsstellen finden Familien und deren Angehörige, Paare, Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche kostenfreie, anonyme Unterstützung und Beratung in vielfältigen Krisen wie zum Beispiel bei Erziehungsproblemen, Paarkonflikten, Trennungen, Kindesmisshandlungen, (häuslicher) Gewalt, schulischen Problemen, Arbeitslosigkeit, psychischen Problemen, Behinderung, Migration, (Cyber-) Mobbing, Diskriminierungen, Sucht etc.

Ziel ist neben Hilfestellung in akuten Krisenfällen, auch umfassende Vorsorge. Präventionsarbeit und Investition in psychosoziale Präventionsleistungen fördert nachweislich die Volksgesundheit und sorgt somit auf längere Sicht für bedeutend geringere volkswirtschaftliche Kosten.

Die Budgetkürzung der Familienberatung muss abgewendet werden – sonst steht die umfassende, psychosoziale Versorgung bei zunehmend steigendem Bedarf an professioneller Beratung auf dem Spiel.

Wenn die für die psychosoziale Gesundheit unersetzlich gewordenen allgemeinen Familienberatungsstellen des Landes erhalten, sowie wichtige Schwerpunkt-Beratungsstellen flächendeckend abgesichert werden sollen, dann werden pro Jahr 20 Millionen Euro an Förderungen benötigt. 2017 betrug das Budget für die fast 400 Familienberatungsstellen in Österreich 13,1 Millionen Euro. Eine Kürzung des Budgets um einem Million Euro ist familienpolitisch ein verheerendes Signal und den vielen notleidenden Menschen in unserem Wohlfahrtsstaat Österreich gegenüber unverantwortlich.

2014 schrieb die damalige Bundesministerin für Familien und Jugend in einem Brief an den Dachverband Familienberatung, „dass die Familienberatungsstellen als wesentlicher Eckpfeiler der psychosozialen Versorgung für unsere Familien unverzichtbar sind und daher auch in Zukunft eine wesentliche Rolle in der Familienpolitik unseres Landes einnehmen werden.“

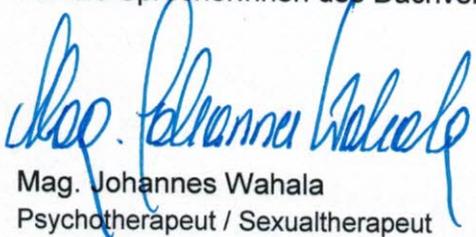
Wir hoffen sehr, dass dies auch die Sichtweise der heutigen Bundesregierung und insbesondere Ihre Sichtweise als zuständige Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend ist.

Der Dachverband Familienberatung bittet Sie als zuständige Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend um Ihre Unterstützung. Des Weiteren bitten wir Sie um eine Stellungnahme und einen persönlichen Gesprächstermin.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Johannes Wahala, Mag.^a Claudia Pregartner, Mag.^a Angela Tunkel, Mag.^a Annemarie Hirzer - SprecherInnen des Dachverbands Familienberatung

Für die SprecherInnen des Dachverbands Familienberatung:



Mag. Johannes Wahala
Psychotherapeut / Sexualtherapeut
Leiter der Beratungsstellen COURAGE

Rückfragen:

Mag. Johannes Wahala

Email: j.wahala@courage-beratung.at

Telefon: 01/ 585 69 60

Anschrift: 1060 Wien, Windmühlgasse 15/1/7